

Wie verändert das Internet die Demokratie?

Lindner, Ralf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lindner, R. (2012). Wie verändert das Internet die Demokratie? *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 61(4), 517-525.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96486-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Wie verändert das Internet die Demokratie?

Ralf Lindner



Dr. Ralf Lindner ist Professor für Politikwissenschaft an der Quadriga Hochschule Berlin und Projektleiter in der Abteilung Neue Technologien am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI in Karlsruhe. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählt die Analyse internetbasierter politischer Partizipation.

Welche Beiträge können neue Medien und insbesondere das Internet leisten, um die Demokratie zu verändern? Und wie würde sich eine „elektronische“ oder „digitale“ Demokratie von den uns bekannten Erscheinungsformen repräsentativer Demokratie unterscheiden? Spätestens seit dem Aufstieg des Internets zum Massenmedium Mitte der 1990er Jahre werden diese Fragen regelmäßig gestellt. Aktuelle Ereignisse wie die politischen Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen oder die Wahlerfolge der Piratenpartei befeuern immer wieder die öffentlichen Debatten über die Demokratisierungs- und Veränderungspotenziale der neuen digitalen Medien. Die mit dem Internet verbundenen demokratiepolitischen Hoffnungen und Befürchtungen sind nicht nur getrieben von dessen faszinierenden kommunikationstechnischen Leistungsspektrum, sondern stets auch Ausdruck von und Reaktion auf kritische Zeitdiagnosen über den Zustand und die Qualität der demokratischen Verfahren in unseren politischen Systemen.

Bereits zu Beginn der Debatten über „Internet und Politik“ Anfang der 1990er Jahre wurden ebenso zahlreiche wie weitreichende Erwartungen über das politische Transformationspotenzial der neuen Medien formuliert. Viele Autoren postulierten enthusiastisch, dass das Internet demokratische Politik fundamental verändern werde, indem ein nahezu grenzenloser, universeller Zugang zu Informationen ermöglicht, etablierte Machtstrukturen unterminiert, Prozesse des Agenda-Setting demokratisiert, politische Partizipation gesteigert und direktdemokratische Beteiligungsmechanismen auch in modernen Flächenstaaten realisiert würden. Kurz, das Internet wurde gepriesen als eine Medientechnologie, die einen fundamentalen Wandel etablierter Politik auslösen werde. Mit Hilfe internetbasierter politischer Kommunikation schien die demokratische Utopie der antiken griechischen Agora (αγορά) nun auch im Kontext moderner Massendemokratien erreichbar.

Heute, etwa zehn bis 15 Jahre nach dem Aufstieg des Internets zum Massenmedium, sind die Debatten über die Auswirkungen des Internets auf Politik und Demokratie deutlich weniger spekulativ. Nicht zuletzt die vielen prakti-

schen Erfahrungen mit dem – oft nur punktuellen, nicht-institutionalisierten – Einsatz der neuen Medien in der politischen Partizipation haben zur Ernüchterung beigetragen. Diese Normalisierung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ist durchaus zu begrüßen, weil dies die normativ und politikphilosophisch oft überfrachteten Erwartungen an das Internet zugunsten einer stärker theoretisch wie empirisch fundierten Forschung in den Hintergrund hat treten lassen. Zugleich ist aber davon auszugehen, dass die normativ-ideologischen Leitbilder, die die gesellschaftspolitischen Entwürfe der verschiedenen Varianten elektronischer Demokratie speisten, auch heute latent fortwirken (Lindner 2007: 394).

Das Geflecht von normativ imprägnierten Erwartungen und dem aus empirischen Befunden ableitbaren realistischen Veränderungspotenzialen der neuen Medien für Politik und Demokratie lässt sich analytisch nur schwer trennen. Ziel dieses Beitrags ist es daher zunächst, die Hintergründe für populäre Fehlschlüsse und Reduktionismen, die die Debatte über elektronische Demokratie seit Jahren prägen, zu beleuchten. Auf Grundlage einer kritischen Auseinandersetzung mit den politischen Erwartungen an das Internet werden sodann theoretisch wie empirisch robustere Überlegungen zum Beitrag der neuen Medien zum Demokratiewandel diskutiert.

Populäre Transformationserwartungen und ihre Hintergründe

Das im Vergleich zu älteren Medientechnologien beeindruckende kommunikationstechnische Leistungsspektrum der neuen, digitalen Medien bietet eine ausgezeichnete Projektionsfläche für Hoffnungen wie Befürchtungen von Gesellschaften des Informationszeitalters; diese Projektionen sind zudem besonders weitreichend mit Blick auf Politik und Demokratie. Der politische Prozess wird im Kontext der neuen Medien von vielen Internet-Enthusiasten grundlegend neu gedacht (Agre 2002: 331). Exemplarisch für die Annahmen einer durch das Internet ausgelösten kraftvollen und unausweichlichen Demokratisierung steht Lawrence Grossman, der Mitte der 1990er Jahre in seinem Buch „Electronic Republic: Reshaping Democracy in the Information Age“ postulierte, „... *the question is not whether the transformation to instant public feedback through electronics is good or bad, or politically desirable or undesirable. Like a force of nature, it is simply the way our political system is heading.*“ (1995: 154)

Was indessen in den Debatten um elektronische Demokratie konkret unter „Demokratisierung“ verstanden wird, ist alles andere als eindeutig. In den Diskussionsbeiträgen werden in der Regel – je nach demokratietheoretischer Position – bestimmte Dimensionen von Demokratie und Verfahrensaspekte von politischer Beteiligung betont und mit Verweis auf die kommunikationstechnischen Potenziale der neuen Medien neu konfiguriert. Grob vereinfachend gehen die verschiedenen Modelle elektronischer (oder digitaler) Demokratie in der Regel vom normativen Leitbild der partizipatorischen bzw. plebiszitären Demokratie aus.

So werden häufig die direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten betont, die das Internet technisch ermöglicht. Durch den Einsatz elektronischer, internetbasierter Abstimmungsverfahren ist es denkbar, regelmäßig und mit hoher Frequenz Referenden zu einer Vielzahl von Sachfragen abzuhalten, an denen sich die Bürger mit einem vergleichsweise geringen Ressourcenaufwand beteiligen könnten. Eng mit diesen plebiszitären Hoffnungen verbunden ist auch die Erwartung, dass durch die neuen Medien die einflussreiche Rolle und strukturellen Ungleichgewichte traditioneller intermediärer Organisationen – politische Parteien, Interessengruppen und Verbände – im politischen Prozess deutlich reduziert oder zumindest gleiche Ausgangspositionen für pluralistische Interessendurchsetzung erzeugt werde. Letzteres korrespondiert wiederum mit der Erwartung, dass das Internet aufgrund seiner virtuellen Interaktionsmöglichkeiten die Bildung starker Gemeinschaften jenseits realweltlicher Restriktionen wie Geschlecht, Ethnie oder sozio-ökonomischer Status erleichtert und den Einzelnen stärker politisch befähigt (*empowerment*). Zudem erhoffen sich viele Internet-Enthusiasten eine Revitalisierung der politischen Öffentlichkeit, indem die *gate keeper*-Funktionen der vermachteten und von kommerziellen Interessen durchdrungenen Massenmedien mit Hilfe der neuen Medien umgangen und die Qualität der öffentlichen Deliberation erhöht werden könne.

Die kurz skizzierten weitreichenden, normativ oft überschießenden Erwartungen an die neuen Medien und ihr Rolle bei der Veränderung der Demokratie lassen sich auf mindestens drei interdependente Faktorenbündel zurückführen: (1) Die verbreitete Wahrnehmung einer Krise der repräsentativen Demokratie, (2) die zweifellos faszinierenden informations- und kommunikationstechnischen Kapazitäten des Internets sowie (3) die jeweiligen normativ-ideologischen Leitbilder der Promotoren über den demokratischen Prozess.

(1) Gemeinsamer Ausgangspunkt der Diskurse über das Demokratisierungspotenzial des Internets und der neuen Medien bilden die oft als dysfunktional wahrgenommenen Defizite der repräsentativ verfassten politischen Systeme. In den zurückliegenden Jahrzehnten wurde die etablierte politische Ordnung wiederholt Gegenstand von Kritik. Empirisch beziehen sich die Krisendiagnosen auf hinlänglich bekannte Phänomene wie der wachsenden politischen Apathie und der rückläufigen Partizipationsraten im Bereich der konventionellen politischen Beteiligung (v.a. Wahlen, Partei- und Verbandsmitgliedschaften), die in Umfragen regelmäßig dokumentierte zunehmende Entfremdung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten und der generellen Erosion der Legitimation demokratischer Institutionen. Diese Entwicklung wurde treffend als „Motivationskrise“ (Habermas 1977: 106) oder als „*crisis of disengagement*“ (Coleman/Blumler 2009: 1) umschrieben.

Während herkömmliche Formen der Partizipation und tradierte Repräsentationskanäle offensichtlich an Bindungskraft verlieren, scheinen alternative, unkonventionelle Formen der Beteiligung wie Bürgerinitiativen oder Demonstrationen, die zudem etablierte repräsentative Institutionen und Organisationsformen umgehen, zumindest für einen Teil der Bürger an Attraktivität zu gewinnen. Diese partiell gegenläufigen Trends erlauben den vorsichtigen Schluss, dass etablierte Demokratien zwar tatsächlich Gefahr laufen, Legiti-

mation zu verlieren. Der Bedeutungszuwachs der neuen, unkonventionellen Beteiligungsformen deutet jedoch auch daraufhin, dass sich die Bürger nicht per se von der Demokratie abwenden, sondern vielmehr die etablierten demokratischen Institutionen und Beteiligungsverfahren als unzureichend empfinden.

(2) Die beeindruckenden informations- und kommunikationstechnischen Kapazitäten des Internets haben einen neuartigen Kommunikationsraum geschaffen, der die nahezu unbeschränkte Kombination sowohl herkömmlicher als auch neuer Kommunikationsmodi ermöglicht. Das Internet eröffnet eine eindrucksvolle Bandbreite unterschiedlicher Kommunikationsformen, die von interpersonaler Kommunikation (*one-to-one*), öffentlicher, uni-direktionaler Massenkommunikation (*one-to-many*) bis zu öffentlicher, bi-direktionaler Massenkommunikation (*many-to-many*) reicht. Neben einem hohen Grad an Flexibilität bei der Gestaltung des Informationsaustausches (synchron versus asynchron; Sender versus Empfänger) bietet die digitale Technologie auch einen erstaunlichen Gestaltungsfreiraum bei der Konfiguration von Multimediainhalten (Text, Audio und Video). Aus der Perspektive des individuellen Nutzers bietet das Internet somit eine Vielzahl an kommunikativen Optionen. Entscheidend sind in diesem Zusammenhang die im Vergleich zu den traditionellen Offline-Massenmedien ausgesprochen niedrigen Grenzkosten der Kommunikation, die es dem Einzelnen nicht nur ermöglichen, das reichhaltige Informationsangebot zu nutzen, sondern auch – zumindest theoretisch – selbst Produzent und Sender von Inhalten für ein potenzielles Massenpublikum zu sein. Eine weitere wesentliche Eigenschaft des Internets ist der hohe Interaktivitätsgrad des Informationsaustausches, was insbesondere für den Bereich der politischen Kommunikation von Interesse ist.

(3) Die Prognosen und Spekulationen über die Rolle des Internets in der Demokratie waren und sind teilweise noch immer stark von Sichtweisen geprägt, die häufig zu technikdeterministischen Kurzschlüssen oder anderen Reduktionismen mit Blick auf das Zusammenspiel von Internet und Politik führen. In der Techniksoziologie wird von einer hohen interpretativen Flexibilität insbesondere in Frühphasen technologischer Innovationen ausgegangen. Die Prozesse der Zuweisung von symbolisch-semiotischer Bedeutung an junge Technologien sind in frühen Phasen der Diffusion in besonderem Maße offen für interessengeleitete und ideologisch imprägnierte Einschätzungen. Entsprechend waren insbesondere die Debatten der 1990er Jahre um elektronische Demokratie unmittelbar beeinflusst von den jeweils zugrundeliegenden normativen Demokratiekonzeptionen der Promotoren (Lindner 2007: 72f.).

Um die verbreitete Neigung zum technologischen Determinismus in der Debatte um elektronische Demokratie zu vermeiden, sollten Technologie und Gesellschaft nicht als getrennte Sphären konzeptualisiert werden, sondern sowohl die gesellschaftliche Bedingtheit von Technologie als auch die handlungs- und strukturprägenden Wirkungen von Technologie, die sich aus ihren endogenen Eigenschaften ergeben, berücksichtigt werden.

Zusammenfassend zeigt sich, dass eine komplexe Gemengelage aus sozio-politischen Kontextfaktoren, technologischen Potenzialen und individuellen Prädispositionen die Debatten um elektronische Demokratie prägt.

Veränderungspotenziale jenseits populärer Reduktionismen

Grob vereinfachend lassen sich die zahlreichen Positionen zum politisch-demokratischen Veränderungspotenzial der neuen Medien in zwei Lager einteilen: Anhänger der optimistisch-enthusiastischen Mobilisierungsthese erwarten eine durch das Internet ausgelöste demokratieförderliche Steigerung der politischen Beteiligung und einen damit einhergehenden politischen Einflusszuwachs für den individuellen Bürger (*civic empowerment*). Die Gegenposition vermutet trotz veränderter Kommunikationsformen eine weitgehende Replizierung der in der Offline-Welt zu beobachtenden Partizipationsmuster, Machtstrukturen und Einflusschancen im politisch-kommunikativen Raum des Internets (*reinforcement*).

Um den Realitätsgehalt der beiden Positionen abzuklopfen, bietet es sich an, den Bereich der politischen Partizipation – bzw. der E-Partizipation – näher zu betrachten, da sich aus der *civic empowerment*-Perspektive die größten Erwartungen mit einem durch das Internet erzeugten Beteiligungsschub verbinden.

Grosso modo sind die Ergebnisse der empirischen Partizipationsforschung, die sich mit der Nutzung internetbasierter Beteiligungsangebote befasst, ernüchternd. Insgesamt lässt sich bislang nicht nachweisen, dass E-Partizipation zu einer im Vergleich zu den herkömmlichen Beteiligungsformen erhöhten und inklusiveren politischen Partizipation beiträgt.

Mit Blick auf E-Partizipation werden Angebote zur elektronischen Beteiligung offenbar häufig mit tatsächlichem politischen Verhalten verwechselt. Anders als von vielen Internet-Enthusiasten unterstellt, ergreifen Bürger jedoch nicht jede sich bietende Gelegenheit zur Online-Beteiligung – sei es in Gestalt von internetbasierten Diskussionsforen, E-Konsultationen oder E-Petitionen. Die geringe Auswirkung der gegenwärtigen E-Partizipationsangebote auf das aggregierte Beteiligungsniveau der Bürger lässt sich mit grundlegenden Erkenntnissen der politischen Soziologie und der Partizipationsforschung erklären. Demnach wird die Bereitschaft, sich an komplexen Fragen des öffentlichen Lebens zu beteiligen, durch die individuelle Motivation und die Ressourcenausstattung beeinflusst. Die häufig vorgebrachte Annahme, dass allein die von den neuen Medien beförderte Vervielfachung von politisch relevanten Informationen zu mehr politischer Partizipation führe, lässt sich nicht bestätigen (Bimber 1998: 3). Und auch ein schlichtes Mehr an Beteiligungsofferten, die der Bürger wahrnehmen kann, führt keineswegs automatisch zu mehr Engagement. Individuelle politische Partizipation ist somit primär abhängig von Interessen, Motivation und Kapazitäten.

Exemplarisch lässt sich dieser Zusammenhang anhand der Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum Petitionswesen des Deutschen Bundesta-

ges darstellen, in deren Rahmen die Nutzer des herkömmlichen Offline-Petitionsverfahrens und die Nutzer des 2005 eingeführten Online-Pendants (E-Petitionen) hinsichtlich ihrer sozio-demographischen Zusammensetzung, ihres politischen Engagements und ihres Medienkonsums verglichen wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass es durch die Einführung eines E-Petitionssystems in sehr eingeschränktem Umfang gelang, bislang unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen zur Beteiligung zu bewegen. Demnach sind die Einreicher von elektronischen Petitionen und ihre Unterstützer zwar jünger als herkömmliche Petenten. Zugleich werden jedoch die im papier-basierten, offline-Petitionsverfahren bekannten sozio-demographische Verzerrungen signifikant verschärft, da sich die Gruppe der E-Petenten ebenso wie die Gruppe der herkömmlichen Petenten überproportional häufig aus Männern mit überdurchschnittlich hohen formalen Bildungsgraden zusammensetzt. Zudem sind beide Petentengruppen politisch deutlich aktiver als die Gesamtbevölkerung (Lindner/Riehm 2011). Anstatt die Hoffnungen jener zu erfüllen, die mit dem internetbasierten Angebot bislang politisch inaktive Personengruppen zur Beteiligung ermuntern wollten, bestätigen die Untersuchungsergebnisse auch für das E-Petitionswesen eindeutig die Erwartungen des in der politischen Soziologie seit Jahrzehnten etablierten Standardmodells der politischen Partizipation, wonach sich die Wahrscheinlichkeit der politischen Beteiligung mit einem Anstieg der individuellen sozioökonomischen Ressourcenausstattung (insbesondere Bildungsgrad und Einkommen) erhöht.

Damit ist ein weiteres Problem vieler E-Partizipationsvorhaben angesprochen, das mit dem Schlagwort *digital divide* oder digitale Spaltung umschrieben wird. So hat sich zwar im Zuge der breiten gesellschaftlichen Durchdringung des Internets die sozialstrukturelle Selektivität des Medienzugangs abgeschwächt (2011 nutzen über 73% aller Deutschen das Internet). Die sozialstrukturelle Teilhabeselektivität, die sich in unterschiedlichen Nutzungsmustern ausdrückt und sich aus ungleich verteilter Medienkompetenz ergibt, steht jedoch weiterhin dem normativen Ziel einer möglichst inklusiven E-Partizipation entgegen.

Auch wenn vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstands zumindest auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, dass das Internet einen breiten Partizipationsschub auslösen wird, stellt sich die Frage, welche Bereiche des politischen Prozesses durch die neuen Medien in welcher Weise beeinflusst werden. Folgende vier, sich wechselseitig verstärkenden, politisch-institutionellen Veränderungsphänomene scheinen am stärksten mit dem Einsatz des Internets in der politischen Kommunikation in Verbindung zu stehen und das größte Potenzial zum Demokratiewandel aufzuweisen: (1) Die Beschleunigung des politischen Prozesses, (2) die Stärkung der organisatorischen Kapazitäten von gesellschaftlichen Interessen, (3) die Erhöhung von Transparenz und politischer Zurechenbarkeit bzw. Verantwortlichkeit sowie (4) die Steigerung der Responsivität politischer Entscheidungsträger gegenüber den Bürgern.

Ad (1) und (2): Die bereits gegenwärtig zu beobachtende Beschleunigung der politischen Thematisierungs- und Entscheidungsprozesse sowie die Verbesserung der Organisationsmöglichkeiten für gesellschaftliche Interessen sind Ver-

änderungen, die sich gegenseitig beeinflussen und zugleich eng mit dem Internet zusammenhängen. Bruce Bimber hat beide Phänomene mit dem Begriff „*accelerated pluralism*“ (1998) auf den Punkt gebracht. Der Grundgedanke des beschleunigten Pluralismus beruht auf der Annahme, dass das Internet die Prozesse der Identifikation und politischen Mobilisierung bislang latenter gesellschaftlicher Interessen aufgrund der niedrigen Grenzkosten der Kommunikation und des vereinfachten Informationszugangs wesentlich erleichtert. Die Thematisierung neuer Fragen entwickelt sich schneller, und die politischen Adressaten werden immer häufiger mit den Forderungen neuer Gruppen und Interessen konfrontiert.

Ad (3): Die Chance auf erhöhte Transparenz der öffentlichen Angelegenheiten ergibt sich daraus, dass das Internet die Bereitstellung und Weitergabe von und den Zugang zu Informationen erleichtert sowie die Möglichkeiten zur intelligenten Informationssuche und -aufbereitung grundlegend verbessert. Daraus erwächst ein unvermeidlicher Druck auf öffentliche Institutionen und Akteure, mit für die Öffentlichkeit relevanten Informationen und Daten transparenter zu verfahren.

Aus der potenziell gesteigerten Informationstransparenz ergeben sich zudem interessante demokratiethoretische Implikationen, die auch ohne eine unmittelbare Veränderung des politischen Engagements der Bürger wirksam werden können. Ausgehend von Philip Pettits Modell der „*contestatory democracy*“ (etwa: anfechtungsbereite Demokratie) (1999) und dem Verwandten Konzept der „*monitory democracy*“ (etwa: kritisch-beobachtende Demokratie) von John Keane (2011), wird angenommen, dass das Gros der Bürger weitgehend zufrieden mit einer Art „Arbeitsteilung“ im Bereich des Politischen ist: Anstatt jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, sich selbst aktiv politisch einzubringen, verbleiben die meisten Bürger eher am Rand des politischen Spielfelds und vertrauen darauf, dass die Verfügbarkeit von politisch relevanten Informationen, Bewertungen und kritischen Beobachtungen von einer großen Bandbreite an zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen und kritischen Medien sichergestellt wird. Die Bürger erwarten, dass diese *watch dogs* und andere kritische Beobachter des Regierungshandelns sie rechtzeitig über relevante Entwicklungen und Entscheidungen informieren bzw. warnen. Aus dieser Perspektive ist es zunächst ausreichend, lediglich potenziell informiert zu sein, um ein hinreichendes Maß an politischer Verantwortlichkeit und Zurechenbarkeit zu gewährleisten.

Das Internet ist geradezu prädestiniert, die Funktion der kritischen Beobachtung und Kontrolle zu unterstützen, indem es dazu beiträgt, die Barrieren zur Veröffentlichung von Informationen wirksam abzusenken. Auf diese Weise kann die Nutzung des Internets eine zusätzliche Quelle für politische Zurechenbarkeit und Verantwortlichkeit sein.

Ad (4) Das Internet hat schließlich das Potenzial, einen wirksamen Beitrag zum Demokratiewandel durch die Steigerung der Responsivität der politischen Entscheidungsträger gegenüber den Repräsentierten zu leisten. Ein hoher Grad an politischer Responsivität weist auf die effektive Einbindung der gesellschaftlichen Interessen in die Willensbildungsprozesse der gewählten Reprä-

sentanten. Eine der Voraussetzungen für wirksame Responsivität ist die Existenz von intensiven Kommunikationsbeziehungen zwischen Politik und Bürgern. Neben den kommunikativen Verbindungen, die etwa über die Massenmedien oder Interessengruppen hergestellt werden, bieten die neuen digitalen Medien zusätzliche Ansatzpunkte für den Aufbau von Kommunikationskapazitäten zwischen beiden Sphären. Damit die Potenziale des Internets zur Steigerung von Responsivität auch erschlossen werden können, ist es indessen erforderlich, Zahl und Qualität der Zugangspunkte für die Bürger zu erhöhen, erweiterte Kapazitäten zur Informationsverarbeitung seitens der Adressaten zu schaffen und angemessene institutionelle Regeln zur Herstellung von Öffentlichkeit und Transparenz einzuführen.

Faktisch stellt ein Großteil der praktischen Anwendungen von E-Partizipation, die von repräsentativen Institutionen gegenwärtig angeboten werden, einen Ausbau der Kommunikationsbeziehungen zu den Bürgern dar. Dabei ist bislang zu konstatieren, dass die E-Petitions- und E-Konsultationsangebote oder die unverbindlichen Online-Diskussionsforen, die gegenwärtig die Mehrzahl der offiziellen E-Partizipationskanäle darstellen, im politischen Institutionengefüge machtpolitisch zumeist an eher randständiger Stelle verortet sind.

Fazit

Im Vergleich zu normativ aufgeladenen Konzeptionen von elektronischer Demokratie, die einen fundamentalen Demokratiewandel in Aussicht stellen, bieten die hier skizzierten Überlegungen zu den realistischer Weise zu erwartenden politischen Transformationspotenzialen der neuen Medien wenig Projektionsfläche für breit angelegte, von Kommunikationstechnik angetriebene gesellschaftspolitische Utopien. Allerdings sprechen sowohl empirische Befunde als auch theoretische Erkenntnisse eindeutig dagegen, von einer einfachen Wirkungsbeziehung zwischen Kommunikationstechnologie und politischem Wandel auszugehen. Die vier politisch-prozeduralen Bereiche, die wahrscheinlich am stärksten von den neuen Medien beeinflusst werden, unterliegen keinem technologischen oder sozialen Determinismus, sie sind vielmehr im Rahmen der jeweiligen Kontextbedingungen gestaltbar. So wird es überwiegend von den politischen Akteuren abhängen, ob die Potenziale zur Stärkung der Integrationskraft und der Legitimation unserer politischen Systeme, die beispielsweise in erhöhter Transparenz und politischer Responsivität liegen, auch genutzt werden.

Literatur

- Agre, Philip E. (2002): „Real-Time Politics: The Internet and the Political Process“, in: *The Information Society*, Vol. 18, No. 5, S. 311-331.
- Bimber, Bruce (1998): “The Internet and Political Transformation: Populism, Community and Accelerated Pluralism”, in: *Polity*, Vol. XXXI, No. 1, S. 133-160.
- Coleman, Stephen/Blumler, Jay G. (2009): *The Internet and Democratic Citizenship. Theory, Practice and Policy*, Cambridge.

- Grossman, Lawrence K. (1995): *The Electronic Republic: Reshaping Democracy in the Information Age*, New York.
- Habermas, Jürgen (1977): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/Main.
- Keane, John (2011): „Monitory Democracy?“, in: Sonia Alonso, John Keane, Wolfgang Merkel (eds.): *The Future of Representative Democracy*, Cambridge, S. 212-235.
- Lindner, Ralf (2007): *Politischer Wandel durch digitale Netzwerkkommunikation?* Wiesbaden.
- Lindner, Ralf/Riehm, Ulrich (2011): “Broadening Participation through E-Petitions? An Empirical Study of Petitions to the German Parliament”, in: *Policy & Internet*, Vol 3, Iss. 1, 23 S. <http://www.psocommons.org/policyandinternet/vol3/iss1/art4/>
- Pettit, Philip (1999): “Republican Freedom and Contestatory Democracy”, in: Ian Shapiro, Casiano Hacker-Cordon (eds.): *Democracy’s Value*, Cambridge, S. 163-191.